

PRESSEMITTEILUNG

Nr. 3/2017 07.03.2017

Kontakt: Ingrid Pliske-Winter
Tel.: 033432 – 758072
E-mail: i.pliske@lvktb.de

www.lvktb.de

Landesverband schlägt Beratungsstelle zur Kindertagespflege vor

Pliske-Winter: "Wir brauchen eine neutrale Beratungsstelle zur Vermittlung zwischen den Akteuren!"

Müncheberg – Der Landesverband für Kindertagespflege hat eine Beratungsstelle vorgeschlagen, die bei Konflikten zwischen den Jugendämtern und den Kindertagespflegepersonen vermitteln soll. Landesvorsitzende

Ingrid Pliske-Winter erklärte dazu: "Das Beispiel des Kreises Märkisch-Oderland zeigt, dass es nicht gelingt, gute Bedingungen für die Kindertagespflege auszuhandeln. Nach jahrelangen Klagen gegen die Höhe der Sachkosten, die der Kreis verloren hat, steht nun wieder eine Satzung zur Abstimmung, die eine Klage nach sich ziehen könnte. Der Kreis erhöht zwar die Sachkosten, kürzt aber gleichzeitig die Stundensätze der Förderleistung und senkt die Zahl der bezahlten Arbeitstage, rückwirkend zum 01.07.2014. Es geht im Grunde immer nach dem gleichen Muster: Man verändert die Stellschrauben, die die Gerichte dem Kreis lassen, bis die Bezahlung herauskommt, die politisch gewollt ist." Eine Ursache für solche Probleme ist die im Sozialgesetzbuch verankerte Regelung, dass der Träger der öffentlichen Jugendhilfe (in der Regel der Kreis oder die kreisfreie Stadt) sowohl die Pflegeerlaubnis erteilt als auch als Beratungsinstitution "in allen Fragen der Kindertagespflege" tätig werden soll. Wenn derjenige, der vertrauensvoll beraten soll, aber gleichzeitig derjenige ist, der sowohl die Bezahlung bestimmt als auch die Pflegeerlaubnis erteilt, gibt es von vornherein ein ungleiches Machtverhältnis.

Die Lösung sieht **Ingrid Pliske-Winter** in einer Beratungsstelle auf Landesebene, in der Sach- und Fachverstand gebündelt würde und die bei Konflikten zwischen den Akteuren vermitteln könnte, ohne selbst Partei zu beziehen. "Eine solche Landesfachstelle könnte außerdem die Fortbildung für die Kindertagespflegepersonen und die Fachberatungen der Jugendämter verbessern", meint die Vorsitzende des Landesverbandes.